

Kiel, im März 2006

**Praktiker-Erfahrungsaustausch im Rahmen der Evaluation des Zuwanderungsgesetzes am 30. und 31. März 2006 im Bundeshaus**

**Statement zum 6. Thema: Integration und Gesellschaft (Schnittstellenproblematik zum SGB II)**

**Gerwin Stöcken, Geschäftsführer des Jobcenter Kiel**

**1. Eingliederungsvereinbarung nach § 15 SGB II als zentrales Element**

Neben der Sicherung des Lebensunterhaltes ist die Eingliederungsvereinbarung Grundlage der Arbeit der Fallmanager/innen im SGB II. Sie zielt zunächst auf die umfängliche Erfassung der aktuellen Lebenssituation der Hilfeempfänger/innen. Dabei stehen folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Ressourcen und Defizite (z.B. schulische und berufliche Bildung, Berufserfahrung, vorhandene Kompetenzen)
- Soziale Situation (z.B. Wohnverhältnisse, soziale Integration, Familiensituation)
- Wirtschaftliche Lage (z.B. Überschuldungssituation, besondere finanzielle Belastungen)
- Suchtprobleme
- Besondere Problemlagen (z.B. gesundheitliche und psychische Belastungen, Handicaps, Erziehungsprobleme)
- Ziele und Wünsche für die Arbeitsmarktintegration
- Migrationshintergrund, hierbei sind insbesondere folgende Themen für das Fallmanagement von Bedeutung:
  - Sprachprobleme
  - Kulturelle Gegensätzlichkeiten
  - fehlende oder unzureichende (berufliche) Qualifikationen

Die gründliche und systematische Erfassung der tatsächlichen Lebenssituation ist Ausgangssituation der weiteren Beratungsarbeit. Hieraus wird die Eingliederungsvereinbarung abgeleitet. Um eine zielführende Vereinbarung zu erarbeiten, ist es zumindest erforderlich, gemeinsam getragene Sichtweisen zwischen den Beteiligten herzustellen. Problemzuweisungen sind selten erfolgreich.

Die Eingliederungsvereinbarung ist im Idealfall das Ergebnis des Aushandlungsprozesses und beschreibt

- erreichbare Ziele,

- notwendige Unterstützungsleistungen,
- eigene Aktivitäten der Betroffenen,
- individuelle Umsetzungsstrategien und
- Evaluation sowie Kriterien für Erfolg.

Eingliederungsvereinbarungen für Migrant/innen sollen darüber hinaus zu besonderen Lebenslagen der Betroffenen Aussagen enthalten:

- Überwindung von Sprachbarrieren
- Berücksichtigung kultureller und religiöser Besonderheiten
- Berücksichtigung familiärer Besonderheiten
- Umgang mit erworbenen (in Deutschland nicht anerkannten) Qualifikationen.

Die Betroffenen sind über die Folgen der Eingliederungsvereinbarung informiert und mit den möglichen Konsequenzen und Sanktionen vertraut gemacht.

## **2. Zusammenwirken mit den Instrumenten des Zuwanderungsgesetzes**

Die unterschiedlichen Integrationsbemühungen des Zuwanderungsgesetzes und des SGB II müssen aufeinander abgestimmt werden, um die bestmöglichen Erfolge für die Betroffenen zu erreichen. Daher wurde in Kiel bereits Anfang 2005 ein Arbeitskreis gegründet, in dem Inhalt und Form der Integrationskurse nach § 43 Zuwanderungsgesetz mit den Anforderungen des SGB II Gegenstand der Arbeit ist. Beteiligt sind

- Träger von Integrationskursen
- der Regionalkoordinator des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
- die Ausländerbehörde
- das Referat für Migrant/innen der Stadt Kiel und
- das Jobcenter Kiel.

Ziel ist es, über Inhalt und Gestaltung der Integrationskurse zu informieren und gleichzeitig die Schnittstelle zur Eingliederungsvereinbarung zu gestalten. Es soll sichergestellt sein, dass die Fallmanager/innen des Jobcenters an den Erfahrungen der Betroffenen in den Integrationskursen anknüpfen und dort gewonnene Einsichten und Erfahrungen für die weitere Arbeit der Arbeitsmarktintegration nutzen. Auch wurde es hilfreich eingeschätzt, wenn Migrant/innen schon im Rahmen des Integrationskurses auf die Verfahren des SGB II vorbereitet werden und Kenntnisse über das Instrumentarium des SGB II vermittelt bekommen. So ist gewährleistet, dass (sofern erforderlich) Migrant/innen unmittelbar aus dem Integrationskurs an das Fallmanagement übergeleitet werden können. Dies galt vor allem auch für die „Bestandsausländer“, die im Rahmen der Integrationskurse erreicht werden konnten.

Darüber hinaus soll erreicht werden, dass wesentliche Anforderungen an die Arbeitsmarktintegration von Migrant/innen - sowohl übergreifend als auch Einzelfall bezogen - gemeinsam zwischen den unterschiedlichen Akteuren eingeschätzt werden. Hierzu zählen insbesondere folgende Bereiche:

- Einschätzung über die Entwicklung des Arbeitsmarktes
- Indikatoren für Erfolge und Misserfolge bei der Arbeitsmarktintegration (Fähigkeiten, Fertigkeiten, soziale Kompetenzen, Förderbedarf)

- Hinweise über bisher erworbene berufliche Qualifikationen im Einzelfall
- Hinweise über besondere Belastungssituationen
- Abstimmung besonderer Verfahren für die Integration junger Menschen

Der über diesen Weg entstandene Erfahrungsaustausch hilft den Partnern bei ihrer Arbeit und sichert den Wissenstransfer im Interesse einer möglichst effektiven Arbeitsmarkintegration für die Betroffenen.

Ebenfalls von Bedeutung ist die Kooperation mit den Migrationsberatungsstellen. Seit Anfang 2005 hat sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Trägern in Kiel (Erst- und Sozialberatung) und dem Jobcenter etabliert. Zwischenzeitlich wurde Kontakte zu allen dezentralen Anlaufstellen hergestellt. Dabei wurde das Angebot der Migrationsberatung vorgestellt und das Verfahren der Zusammenarbeit beschrieben, so dass die Integrationsmaßnahmen für die Betroffenen sinnvoll ergänzt werden können.

### **3. Zusammenarbeit bei Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs nach § 44a Zuwanderungsgesetz**

Im Rahmen der Beratung von Grundsicherungsempfänger/innen nach dem SGB II treffen die Fallmanager auch immer wieder auf Migrant/innen, deren sprachlichen Defizite und deren Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft aus unterschiedlichsten Gründen nicht gewährleistet ist. Die Entscheidung, ob diese Migrant/innen nach § 44a Zuwanderungsgesetz über die Ausländerbehörde zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet werden sollen, treffen die Fallmanager. Sie werden dabei von den im Arbeitskreis genannten Institutionen bei folgenden Feststellungen unterstützt:

- Feststellung der Sprachkenntnisse (ggf. wird ein Test in den Räumen des Jobcenters durch Integrationskursträger durchgeführt)
- Beratung der Fallmanager/innen bei der Einschätzung, ob die Vermittlung rechtlichen, kulturellen oder geschichtlichen Basiswissen notwendig und geeignet ist, Integrationsfortschritte zu erreichen
- Unterstützung bei der Beschreibung individueller, kultureller und familiärer Besonderheiten

Das Verfahren ist in einem Leitfaden beschrieben, der diesem Statement beigelegt ist.

### **4. Weitere Schnittstellen bei der Integration von Migrant/innen**

Über die beschriebenen Schnittstellen hinaus, wurden weitere Anlässe der Kooperation identifiziert und ausgestaltet:

- Aufbau und Durchführung von unterstützenden berufsbezogenen Sprachkursen im Anschluss an die Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz
- Angemessene Berücksichtigung der Migrant/innen (entsprechend ihres Anteils an den Arbeitslosenzahlen) bei der Gestaltung besonderer Eingliederungsleistungen nach dem SGB II für besonders benachteiligte Gruppen
- Vereinbarungen verbindlicher Kooperationsformen zwischen Sozialberatungsstellen und dem Fallmanagement durch Hospitation, Entwicklung von Beratungsstandards
- Frühzeitige Intervention und Verhinderung von Bildungsabbrüchen durch die Einbeziehung der Schulen
- Erfassung der tatsächlichen Lebenssituation durch sozialräumliche Arbeitsansätze

## **5. Anforderungen an die zukünftige Gestaltung der Schnittstellen**

Die ersten Erfahrungen in der Gestaltung der Arbeitsmarktintegration mit den Instrumenten des SGB II und in der Zusammenarbeit mit Trägern nach dem Zuwanderungsgesetz machen deutlich, dass einige grundlegende Anforderungen an die Arbeitsmarktintegration an der Schnittstelle zum Zuwanderungsgesetz noch offen sind:

- Jugendliche müssen im Rahmen der Sprachförderung umfassend unterstützt, so dass sie bei Eintritt in das Regelschulsystem ihre Bildungschancen wahrnehmen können.
- Schulen sollten bei der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund nachhaltig unterstützt werden.
- Integrationskurse, sollten wenn im Einzelfall erforderlich, auch über den jetzigen zeitlichen Rahmen hinaus angeboten werden.
- Das Bildungspotential der Migrant/innen muss im Rahmen der Eingliederungsplanung und der Integrationskurse genau erfasst und für den Arbeitsmarkt erschlossen werden.
- Die Arbeit der Migrationsberatungsstellen hat für die Arbeitsmarktintegration von Migrant/innen erhebliche Bedeutung und sollte nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen.



## **Leitfaden zur Förderung von Migranten und Migrantinnen im Rahmen des SGB II und des Zuwanderungsgesetzes**

### **Einführung**

Der Begriff Migration bezeichnet als Oberbegriff den Wanderungsprozess von **E**inzeln und Gruppen über Nationalitätsgrenzen hinweg. Der Begriff **Migrantin/ Migrant** wird auch genutzt für **Eingebürgerte oder** Menschen mit deutschem Pass, die im Laufe ihres Lebens nach Deutschland zugewandert sind (z.B. Spätaussiedler). Migrant/innen haben häufiger als andere Gruppen erhebliche Probleme sich wirksam in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Gründe hierfür können Sprachbarrieren, wirtschaftlicher Nachteile, fehlender Qualifikationen, fehlender Vertrautheit mit der sozialkulturellen Tradition und bewusster oder unbewusster Diskriminierung sein.

Der Anteil Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Kiel beträgt mehr als 10%. Ziel des Jobcenters Kiel ist es für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Migrant/innen eine nachhaltige Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Es lassen sich aufgrund der Vielschichtigkeit möglicher Problemkonstellationen keine allgemeingültigen Leitlinien formulieren. Daher ist es erforderlich einige Hinweise für die Beratung zu formulieren, die jeweils im Einzelfall geprüft werden müssen.

Folgende zusätzlichen Problemstellungen lassen sich im Rahmen des Fallmanagements erkennen:

- Sprachprobleme
- Kulturelle Gegensätzlichkeiten
- fehlende oder unzureichende (berufliche) Qualifikationen

Je nach Problemlage können folgen Handlungsoptionen beschrieben werden:

- individuelle Beratung durch die Integrationsfachkraft  
*Da die Integrationsfachkraft selbst unbewusst eigene Haltungen und kulturelle Unsicherheiten in die Beratung einbringen kann, bietet es sich an, eigene Unsicherheiten im Umgang mit dem Thema Migration in einem kollegialen Gespräch zu klären. (Welche Haltung nehme ich ein? Welche Vorerfahrungen habe ich gemacht? Wie gehe ich vor? Wen beziehe ich noch ein?)*
- Sprachförderung in Form von Sprachkursen
- Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen in Kombination mit Sprachkursen
- Vermittlung vorhandener gesellschaftlicher und arbeitsmarktbezogener Standards
- Betreuung durch Dritte mit interkultureller Kompetenz
- Hilfestellung bei der Anerkennung beruflicher Abschlüsse
- Förderung von Grundqualifikationen und Qualifikationsanpassungen

Neben allen bestehenden Förderinstrumenten des Jobcenters stehen im Rahmen des Fallmanagements folgende besondere Maßnahmen zur Verfügung:

## 1. Integrationskurse - für Bürger/innen mit ausländischem Pass - durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes wird die „**Integration von rechtmäßig auf Dauer im Bundesgebiet lebenden Ausländern**“ gefördert. **Vorrangig stehen die Integrationskurse neu zugewanderten Ausländerinnen und Ausländern zu. Bereits länger hier lebende Personen können im Rahmen vorhandener Kapazitäten** in die Förderung einbezogen werden. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass beispielsweise auch hier schon länger ansässige Migranten und Migrantinnen-----Bedarf an Maßnahmen der Integrationsförderung haben können.

Die Integrationsförderung (**Verpflichtung für die Integrationskurse?**) wird seit dem Jahreswechsel (**2005**) im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge von den örtlichen Ausländerbehörden durchgeführt. Die Träger der Leistungen nach dem SGB II können gegenüber diesen Behörden die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen anregen. Hintergrund dieser Regelung ist das Bestreben, den Ausländern oder die Ausländerin durch das Vermitteln von Sprachkenntnissen besser in den Arbeitsprozess eingliedern zu können. Die Integrationsfachkräfte sollen die Teilnahme nach folgendem Verfahren anregen:

- a. Im Gespräch wird festgestellt, dass eine ausländische Staatsangehörigkeit besteht sowie die Sprachkenntnisse und das kulturelle Verständnis für eine berufliche Tätigkeit nicht ausreichen. Es wird in der **Eingliederungsvereinbarung** festgehalten:
  - Anregung zur Teilnahme seitens des Jobcenters
  - Teilnahme am Kurs nach Aufforderung durch die Ausländerbehörde und
  - Rückmeldung über den Beginn des Kurses seitens des Kunden/ der Kundin.
- b. Über das Amt für Ausländer und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten der Landeshauptstadt Kiel wird nach § 44a (1) Ziffer 2a Zuwanderungsgesetz die Teilnahme an einem Integrationskurs mit dem, in der Anlage beigefügten, Vordruck angeregt.
- c. Die Ausländerbehörde informiert dann direkt **die** Betroffenen über das weitere Verfahren. Eine Rückmeldung an das Jobcenter Kiel erfolgt durch die Ausländerbehörde. Diese teilt ggf. auch mit, dass eine Teilnahme nicht erfolgt ist. In diesen Fällen kann eine Kürzung bis zu 10% nach § 44a (3) für die Zeit der Nichtteilnahme erfolgen.
- d. Die Anregung durch das Jobcenter und die Zuweisung zum Integrationskurs werden zentral durch die Ausländerbehörde erfasst.

## 2. Weitergehende Sprachkurse

Im Rahmen des Arbeitsmarktprogrammes des Jobcenter Kiel werden über einen Träger Sprachkurse eingerichtet. Diese richten sich an Menschen mit geringem Sprachverständnis oder besonderem Förderbedarf, die nicht durch Integrationskurse erreicht werden. Auf Anforderung aus dem Fallmanagement können Sprachkurse für spezielle Zielgruppen (z.B. Frauen / Teilzeit) eingerichtet werden.

## 3. Sprache und Beruf

Diese Maßnahme richtet sich an Menschen mit sprachlichen Grundkenntnissen. Der Spracherwerb dient der Vertiefung beruflicher Sprachkenntnisse. Der Praxisanteil verfolgt das Ziel der Überprüfung des sprachlichen Verständnisses sowie einer ersten Einschätzung beruflicher Fähigkeiten und Fertigkeiten

#### **4. Familienprofiling**

Diese Maßnahme hat das Ziel, auch Migrantenfamilien zu unterstützen neue Lösungsansätze für die Beendigung der Hilfebedürftigkeit zu suchen. Interkulturelle Divergenzen werden aufgedeckt und angesprochen.

#### **5. Zusatzjobs**

Die zusätzliche Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung ist für diesen Personenkreis im Rahmen der Bildungsplanung in den Sozialzentren denkbar und erwünscht. Hier können realistische Einschätzungen über die Fähigkeiten und Fertigkeiten gewonnen sowie bestehende Hemmnisse abgebaut werden. Zusatzjobs bieten auch die Möglichkeit, im Gegensatz zum oft schulischen und geschützten Umfeld der Sprachkurse, Sprachkompetenz in „realer“ Umgebung zu erwerben.

#### **6. Migrationssozialdienste**

In Kiel gibt es verschiedene Angebote freier Träger, die zur Unterstützung im Beratungsgespräch herangezogen werden können, als auch zur beruflichen Integration verschiedene Hilfestellungen anbieten:

##### **Migrationserstberatung**

<http://www.drk-kiel.de/>

[http://www.awo-kiel.de/AWO\\_KV/Unsere Angebote fuer Sie/Migrationsdienst/migrationsdienst.htm](http://www.awo-kiel.de/AWO_KV/Unsere_Angebote_fuer_Sie/Migrationsdienst/migrationsdienst.htm)

<http://www.caritas-sh.de/seiten/kiel.htm>

##### **Referat für Migration der Landeshauptstadt Kiel**

[http://www.kiel.de/Aemter\\_30\\_bis\\_52/53/Amtsverzeichnis\\_53/Referat fuer Migration.htm#53.5](http://www.kiel.de/Aemter_30_bis_52/53/Amtsverzeichnis_53/Referat_fuer_Migration.htm#53.5)

##### **weitere Informationen**

[http://www.bundesrecht.juris.de/bundesrecht/aufenthg\\_2004/index.html](http://www.bundesrecht.juris.de/bundesrecht/aufenthg_2004/index.html)

<http://www.frsh.de/links.htm>